

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für das Post- und Fernmeldewesen
(15. Ausschuß)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 10/874 —

Vorschlag für eine Mitteilung der Kommission an den Rat
betreffend Telekommunikation — Aktionslinien —
»EG-Dok. Nr. 9547/83«

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 10/500 —

Vorlage der Kommission der Europäischen Gemeinschaften
— Fernmeldewesen
»EG-Dok. Nr. 7762/83«

A. Problem

Die Telekommunikation wird bei der zukünftigen Entwicklung der Gemeinschaft eine Schlüsselposition einnehmen. Telekommunikation ist ein wichtiger Wirtschaftsbereich und ein wesentlicher Infrastrukturfaktor für die Industrie und den Dienstleistungssektor in der Gemeinschaft. Deshalb müssen die Mitgliedstaaten eine schrittweise Entwicklung einer gemeinsamen Politik einleiten, um die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Telekommunikation zu schaffen.

B. Lösung

Unterstützung des Vorschlags mit der Maßgabe, bei den Beratungen für die Verwirklichung der beschlossenen Empfehlungen einzutreten.

Einmütigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

wurden nicht erörtert

D. Kosten

Die Kosten sind zum gegenwärtigen Stand der Diskussion im einzelnen nicht zu beziffern; sie werden zum Teil in den normalen Arbeitsbereichen der Deutschen Bundespost anfallen.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundesregierung wird empfohlen,

1. die Arbeiten in den bestehenden Standardisierungs- und Normungsausschüssen der Konferenz der Europäischen Post- und Fernmeldeverwaltungen (CEPT) zu verstärken und von der Schaffung neuer Gremien bei der EG hierfür abzusehen;
2. gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsaktionen der Industrie und der nationalen Postverwaltungen in Schlüsselbereichen der künftigen Entwicklung in Gang zu setzen;
3. so schnell wie möglich gemeinsame europäische Standards für ein ISDN-Netz zu schaffen und eine gemeinsame europäische Normung und Standardisierung der Schnittstellen in den Kommunikationsnetzen Europas zu erreichen;
4. in der CEPT auf gemeinsames Vorgehen in internationalen Gremien zu drängen;
5. zu einer gegenseitigen Anerkennung der Prüfbedingungen für Endgeräte innerhalb Europas zu kommen;
6. ein ungenügend ausgestattetes und damit wirkungsloses EG-Programm für Telekommunikation zu verhindern;
7. eine gemeinsame Aktion zur Öffnung desjenigen Teils des Kommunikationsmarktes der Gemeinschaft zu erreichen, der vom öffentlichen Beschaffungswesen beherrscht wird.

Bonn, den 17. Oktober 1984

Der Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen

Liedtke

Kretkowski

Vorsitzender

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Kretkowski

Die Vorlage — Drucksache 10/874 — wurde mit Drucksache 10/873 gemäß § 93 der Geschäftsordnung am 11. Januar 1984 an den Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen federführend und zur Mitberatung an den Ausschuß für Forschung und Technologie und an den Ausschuß für Wirtschaft überwiesen.

Der Vorschlag für eine Mitteilung an den Rat betreffend Telekommunikation — Aktionslinien — ersetzt die Vorlage der Kommission betreffend Fernmeldewesen — Drucksache 10/500 —, mit der eine schrittweise Übertragung von Befugnissen und Mitteln auf die Gemeinschaft und die „Einsetzung eines Europäischen Organs für das Fernmeldewesen“ vorgeschlagen wurde.

Ziel der neuen Vorlage Drucksache 10/874 ist es, schrittweise eine Telekommunikationspolitik auf Gemeinschaftsebene zu entwickeln, um die Solidarität der Gemeinschaft im Hinblick auf die Vertretung der europäischen Interessen auf den Weltmärkten zu stärken. Die vorliegende Mitteilung soll dafür erste Schlußfolgerungen aufzeigen und Leitlinien für Aktionsvorschläge setzen.

Die Kommission schlägt vor, sechs Leitaktionslinien anzunehmen:

1. Festlegung mittel- und langfristiger Ziele auf Gemeinschaftsebene,
2. gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsaktionen in Schlüsselbereichen der künftigen Entwicklung,
3. gemeinsame Aktionen auf Gemeinschaftsebene im Hinblick auf die Entwicklung fester Schnittstellenstandards und definierter Märkte innerhalb der Gemeinschaft sowie die Stärkung der Gemeinschaftssolidarität nach außen,
4. gemeinsame Entwicklung des transnationalen Teils der künftigen Fernmeldestruktur in der Gemeinschaft,
5. volle Nutzung der neuen Telekommunikationstechniken zur Förderung der Entwicklung der benachteiligten Regionen der Gemeinschaft und des Ausbaus ihrer Infrastruktur,
6. gemeinsame Aktion zur Öffnung desjenigen Teils des Telekommunikationsmarktes, der vom

öffentlichen Beschaffungswesen beherrscht wird.

Der Ausschuß für Forschung und Technologie hat die EG-Vorlage am 24. Mai 1984 behandelt und empfohlen,

- die Arbeiten in den bestehenden Standardisierungs- und Normungsausschüssen der Konferenz der Europäischen Post- und Fernmeldeverwaltungen (CEPT) zu verstärken und von der Schaffung neuer Gremien bei der EG hierfür abzusehen;
- gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsaktionen der Industrie und der nationalen Postverwaltungen in Schlüsselbereichen der künftigen Entwicklung in Gang zu setzen;
- so schnell wie möglich gemeinsame europäische Standards für ein ISDN-Netz zu schaffen und eine gemeinsame europäische Normung und Standardisierung der Schnittstellen in den Kommunikationsnetzen Europas zu erreichen;
- in der CEPT auf gemeinsames Vorgehen in internationalen Gremien zu drängen;
- zu einer gegenseitigen Anerkennung der Prüfungsbedingungen für Endgeräte innerhalb Europas zu kommen;
- ein ungenügend ausgestattet und damit wirkungsloses EG-Programm für Telekommunikation zu verhindern;
- eine gemeinsame Aktion zur Öffnung desjenigen Teils des Kommunikationsmarktes der Gemeinschaft zu erreichen, der vom öffentlichen Beschaffungswesen beherrscht wird.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Vorlage am 24. Mai 1984 behandelt und sie zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen hat die Vorlage in seiner Sitzung am 17. Oktober 1984 behandelt. Mit der vorgelegten Beschlußempfehlung unterbreitet der Ausschuß dem Deutschen Bundestag seinen einstimmig angenommenen Vorschlag, der auf den Empfehlungen des Ausschusses für Forschung und Technologie beruht.

Bonn, den 17. Oktober 1984

Kretkowski

Berichterstatter